Nummer 276 — Halle, Mittwoch, den 25. November 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderer Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 10 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Saalesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stechner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichsjustizminister Dr. Frenken (Zentrum)

will die Verantwortung für die Annahme der Locarnoverträge nicht mit übernehmen und ist deshalb von seinem Amte zurückgetreten.

Dr. Frenken ist Jurist vom Fach und wurde 1914 Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen. Die ablehnende Haltung dieses Fachmannes gegenüber Locarno muß daher besonders ernst stimmen.

*

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Luther den Reichskanzler mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und den Reichsminister Dr. Brauns mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt.

*

Unter Vorsitz Adolf Damaschkes, der heute seinen sechzigsten Geburtstag feiert, fand am Montag in Charlottenburg die dreitägige Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Bodenreformer, in Gegenwart der Vertreter der Reichs- und Preußischen Behörden, der Stadt Berlin und des Reichs- und Landtages, statt. Lebhaften Beifall fand die Bekanntgabe der Ernennung Dr. Adolf Damaschkes zum Ehrendoktor der Theologie an der Universität Gießen.

*

In Berlin sprengten gestern abend zahlreiche Kommunisten eine Versammlung der SPD., in der Minister Severing sprechen sollte, so daß der Minister seine Rede nicht halten konnte. Das Versammlungslokal wurde geräumt. 6 Personen wurden festgenommen.

*

Die kommunistische Reichstagsabg. Frau Klara Zetkin, die sich seit mehr als 2 Jahren in Moskau aufhielt, trifft heute wieder in Deutschland ein. Sie will schon in der Reichstagsdebatte über Locarno und den Völkerbund als Rednerin der kommunistischen Fraktion auftreten.

*

Eine Ententekommission in Begleitung von zehn deutschen Offizieren und Beamten hat dem Bamberger Industriehof (einer früheren Munitionsfabrik) einen Besuch abgestattet, um sich von der Sprengung von 16 Hallen zu überzeugen. Zu beanstanden gab es nichts.

*

Das französische Militärpolizeigericht in Wiesbaden verurteilte 106 Personen aus dem unbesetzten Gebiete, die ohne die vorgeschriebenen Personalausweise im Brückenkopf Mainz angetroffen wurden, zu Geldstrafen von 20 Mark.

*

Der neue polnische Ministerpräsident Graf Skrzynski hat die Handelsvertragsdelegation in Berlin zu beschleunigten Verhandlungen mit Deutschland auf der Grundlage der von Grabski erteilten Instruktionen angewiesen.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Warschau, das neue polnische Kabinett hat sich einstimmig für die Locarnoer Abmachungen mit Deutschland ausgesprochen und dem Ministerpräsidenten Vollmacht zur Unterzeichnung in London erteilt.

*

Der Mailänder „Sole" teilt mit, daß die Berliner italienische Handelskammer demnächst Filialen in Hamburg und in München und endlich ein Korrespondenzbureau in einer rheinischen Stadt errichten werde.

*

Blättermeldungen aus Rom zufolge, wird Mussolini nicht zur Unterzeichnung des Locarnopaktes nach London kommen, sondern Italien durch eine Delegation unter Führung Scialojas vertreten lassen.

*

Versäumen Sie nicht die Wahlen am 29. Nov. und wählen Sie den Nationalen Ordnungsblock!

Der Kampf um Locarno.

Aus dem Reichstag.

Im Reichstag wurde gestern die große Aussprache über das Vertragswerk von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch eine Rede des Reichskanzlers Dr. Luther, die die ganze Sitzung ausfüllte, eingeleitet. Der Bedeutung des Tages entsprechend, war der Sitzungssaal stark besucht. Die Tribünen waren überfüllt. Wer nach dem hitzigen Parteistreit über Locarno auf Sturmszenen im Reichstag gerechnet hatte, wurde enttäuscht. Oppositions- und Beifallskundgebungen hielten sich in mäßigen Grenzen. Als der Reichskanzler seine Rede begann, rief ein Kommunist: „Da kommt der Vertreter des amerikanischen Großkapitals!" — Das war alles. Der Kanzler leitete seine Ausführungen mit der schon vorher durch die Presse verbreiteten Erklärung ein, daß er es als die Aufgabe des Rumpfkabinetts betrachte, nur noch das Locarno-Vertragswerk zur Erledigung zu bringen und dann zu demissionieren. Er schilderte dann die Vorgeschichte und den Verlauf der Verhandlungen von Locarno, wobei er unter lebhaftem Beifall des Hauses feststellte, daß die Vertreter der rheinländischen Bevölkerung keineswegs das Interesse des besetzten Rheinlandes bei ihrer Haltung zu dem Vertragswerk in den Vordergrund geschoben, sondern immer nur das Gesamtinteresse des Vaterlandes im Auge gehabt hätten. (Den Inhalt der Rede Dr. Luthers siehe nächste Seite!)

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat unter dem Vorsitz des Abg. Hergt (Dn.) zusammen und behandelte im Rahmen der Beratung über das Locarnoabkommen zunächst die Entwaffnungsfrage, zu der die Vertreter der verschiedenen zuständigen Ministerien Stellung nahmen. Alsdann beschäftigte sich der Ausschuß mit den Auswirkungen des Locarnoabkommens auf das besetzte Gebiet. Die Redner der einzelnen Parteien gingen ausführlich auf die vorgetragene Materie ein. Am Schluß der ausgedehnten Debatte sprach Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann.

Es wurde dann noch verkündet, daß das Gutachten der Reichsregierung darüber, ob das Locarnogesetz ein verfassungsänderndes sei oder nicht, den Mitgliedern des Ausschusses mit größter Beschleunigung zugeleitet wird, so daß schon in den nächsten Tagen der Auswärtige Ausschuß über diese Frage beraten wird.

Am Abend traten auch alle Fraktionen des Reichstages zu Sitzungen zusammen, in denen die Rede des Reichskanzlers besprochen und die Stellungnahme der Fraktionen für die Generaldebatte über die Locarnoverträge und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund präzisiert wurde.

Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat am späten Abend in ihrer Fraktionssitzung nach langer Aussprache über die politische Lage den endgültigen Beschluß gefaßt, das Vertragswerk von Locarno abzulehnen und ein Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett zu beantragen, dessen Formulierung heute (24. Nov.) erfolgen wird.

2/3-Mehrheit oder Aufschub der Verkündung?

Die kommunistische Fraktion des Reichstages hat beschlossen, bei der Abstimmung über den Lokarnovertrag auf der Zweidrittelmehrheit zu bestehen, die für ein verfassungsänderndes Gesetz erforderlich ist. Uns ferner auf Grund des Artikels 72 der Reichsverfassung die Aussetzung der Verkündung des Gesetzes zu beantragen.

Der Artikel 72 der Verfassung lautet: „Die Verkündung eines Reichsgesetzes ist um zwei Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel des Reichstages verlangt. Gesetze, die der Reichstag und der Reichsrat für dringlich erklären, kann der Reichspräsident ungeachtet dieses Verlangens verkünden."

*

Angesichts der völligen Unsicherheit über die Lösung der Kabinettskrise in Frankreich und damit der Frage, ob wirklich künftig in Frankreich ein neuer Gesetz gegenüber Deutschland herrschen wird, hat der Gedanke, die Verkündung des Locarnogesetzes auszusetzen, außerordentlich viel für sich. Ist doch der Grundgedanke auch der Rede Luthers, der dabei im Namen der Reichsregierung sprach, durchaus der, daß Locarno nur ein Anfang sei und daß die Hoffnung auf den neuen Geist in Frankreich bestimmend für die Annahme des Locarnogesetzes sei.

Wozu Locarno jetzt annehmen, solange die Hoffnung auf den neuen Geist nicht durch die Zusammensetzung der französischen Regierung wenigstens eine gewisse, immer noch höchst zweifelhafte Stütze hat? Es ist nicht einzusehen, daß der „Sicherheitspakt", selbst wenn man ihn wirklich für gegeben hält, nun ausgerechnet am 1. Dezember zustandekommen müsse, wo es doch auch bisher ohne ihn gegangen ist und Frankreichs Forderungen infolge Wachsens der inneren Schwierigkeiten entweder wesentlich bescheidener oder aber — bei Bildung einer nationalistischen Regierung — unvereinbar mit dem Geist von Locarno werden müssen.

Der Reichspräsident v. Hindenburg würde durch Aussetzung der Verkündung die Möglichkeit erhalten, eine vielleicht unheilbare Spaltung unseres Volkes im letzten Augenblick zu verhüten.

Die heute beginnende Aussprache im Reichstag wird angesichts der „veränderten Umstände" in Frankreich sehr bald zu der Frage der Aussetzung der Verkündung Stellung nehmen müssen.

England bangt um Locarno.

Der Parlamentsberichterstatter des Londoner „Daily Graphic" will wissen, daß eine Mitteilung an die in Betracht kommenden Regierungen bevorsteht, in der diese ersucht werden, ihre Botschafter in London anzuweisen, den Locarnovertrag namens ihrer Länder zu unterzeichnen.

Regierungskrise und Inflation in Frankreich.

Briand soll die Regierung bilden.

Der Präsident der Republik hat Briand die Kabinettsbildung angeboten. Er hatte ihn bereits gestern nachmittag 4½ Uhr empfangen. Briand erklärte, als er um 5.50 Uhr das Elysee verließ: Der Präsident hat mich gebeten, ihm meinen Beistand zu leihen und bei der Lösung dieser Krise mitzuhelfen. Ich habe ihm geantwortet, daß ich dies für meine Pflicht halte.

Die Sozialisten gegen Briand?

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Paris: Die Sozialisten haben sich schon Sonntagabend entschieden gegen ein etwaiges Kabinett Briand festgelegt. Der Beschluß besagt, daß die Sozialisten ein Kabinett Briand mit dem schärfsten Mißtrauen betrachten und parlamentarisch bekämpfen würden, weshalb sie vor seiner Bildung abraten müssen.

Der holländische „Courant" meldet aus Paris: Der Sturz Painlevés ist durch die Sozialisten in hervorragender Weise mitverschuldet worden. Entgegen dem klaren Parteibeschluß enthielten sich etwa 30 Sozialisten der Stimmenabgabe; dadurch ist erst die Minderheit der Stimmen für das Kabinett zustande gekommen.

Der „Courant" berichtet ferner:

Die Annahme Locarnos sehr zweifelhaft.

Da innerhalb der sozialistischen Parteien auch in der Frage des Locarnovertrages die gleiche Opposition vorhanden ist, bestehen begründete Befürchtungen, daß die Sozialisten auch hier in der entscheidenden Abstimmung versagen und die Gegner des Paktvertrages einen Ueberraschungssieg davontragen könnten.

Poincare für ein „Kabinett der nationalen Einheit".

Paris, 23. November. Die Senatsfraktion der Republikanischen Vereinigung (Fraktion Poincaré-Millerand) hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten, in der sie nochmals grundsätzlich ihre Stellungnahme zur Finanzsanierung darlegte und betonte, sie könne ihr Vertrauen nur einer Regierung der nationalen Einheit, das heißt einer Regierung gewähren, die den Burgfrieden wiederherstellt und über alle Parteirücksichten das Wohl und Interesse Frankreichs und der Republik stellt, das augenblicklich in der Finanzlage liege.

1½ Milliarden neues Papiergeld.

Die Pariser Kammer war gestern um 4 Uhr nachmittags zur Beratung des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfes zur Genehmigung der Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat in Höhe von 1500 Millionen wieder zusammengetreten. Der Generalberichterstatter erklärte, der Finanzausschuß schlage vor, den Gesetzentwurf anzunehmen, denn man könne der Regierung unmöglich die Mittel verweigern, den Bedürfnissen des Schatzamtes nachzukommen. Der Abgeordnete Blum erklärte, die Sozialisten wollten und könnten aus Loyalität nicht gegen den Antrag stimmen, da sie den Sanierungsgesetzentwurf im einzelnen angenommen hätten.

Der von der Regierung beantragte Gesetzentwurf wurde hierauf mit 243 gegen 44 Stimmen angenommen.

*

Nach den letzten Meldungen ist eine Kabinettsbildung durch Briand außerordentlich zweifelhaft geworden.

„Rot und Blau."

Frankreich in Gefahr.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Wenn Stendhal heute seinen berühmten Roman noch einmal schreiben müßte, so würde er ihn wahrscheinlich nicht „Rot und Schwarz", sondern „Rot und Blau" nennen. Rot und Blau — das sind heute die Farbensymbole der beiden großen feindlichen Lager, in die sich Frankreich teilt. Blau der Faszismus, rot der Kommunismus. Für Mittelparteien, Zwischenlesungen und laue Haltung scheint in Frankreich kein Boden mehr zu sein. Die großen Probleme der Stunde, die Finanzkrise, das Gespenst neuer Inflation, Konsolidierung der inneren Schuld, lassen keinen Raum mehr für unentschiedene Haltung. Immer stärker schält sich der große Gegensatz heraus, der ganz Frankreich in zwei große Parteien zu teilen sich anschickt: Arbeit und Kapital.

Der Faszismus hat in wenigen Wochen überraschende Fortschritte in Frankreich gemacht. Noch vor kurzem belacht, hat er sich heute schon zu einer regelrechten Partei organisiert, nennt sich offen, was er ist, und sucht sich auch rein äußerlich auch eine blaue Uniform seiner Anhänger in Anlehnung an die italienischen Schwarzhemden zu kennzeichnen. Noch bestehen neben ihm andere rechtsgerichtete Gruppen und Grüppchen, aber je stärker sich die inneren Gegensätze zuspitzen werden und je schwieriger die Finanzlage werden wird, um so größer ist die Aussicht, daß sie alle sich zu einer einzigen großen Partei des Faszismus organisieren und verschmelzen werden. Schon werden von den entschlossenen radikalrechtsgerichteten Kreisen alle Persönlichkeiten ausgemerzt, die nur irgend den Anschein der Lauheit haben.

Größen einer vergangenen Epoche sind es heute nicht mehr, ein Poincare und die seinem Kabinett einstmals angehörenden Politiker werden heute schon von den neuen Männern und Drahtziehern als überlebt, als zu schwach, ja als Verräter der Sache bezeichnet. Schon hat der französische Faszismus seine eigene Tageszeitung, „Das neue Jahrhundert", schon greift er immer entschiedener in den Tageskampf ein, organisiert Massenversammlungen und schleudert Anathemas gegen ihm verhaßte Personen. Seine Sprache ist voll von kriegerischen Ausdrücken, seine Anhänger werden wie in Italien militarisiert und ganz offen wird von der Möglichkeit einer Diktatur gesprochen.

Außenpolitisch ist natürlich diese Bewegung gleichfalls von Bedeutung. Die Politik der letzten Kabinette Herriot und Painleve Deutschland gegenüber sind für die französischen Rechtsextremisten ein Verrat an Frankreich, die Konferenz von Locarno ein Sieg Deutschlands, die Räumung der Kölner Zone ein Verhängnis. Fahnenweihe und militärische Paraden der Anhänger sind die äußeren Zeichen. „Die offene Brust dem Feinde gelüftet", so ungefähr lautet ins Deutsche übersetzt der Schlachtruf dieser Leute.

Die Organisierung der extremen Rechten hat aber auch ihre linken Gegner zu entsprechender Tätigkeit angefacht. Die Kommunisten sind drauf und dran, eine rote Einheitsfront herzustellen und haben soeben ganz offen an die französischen Sozialisten die Aufforderung gerichtet, angesichts der drohenden faszistischen Gefahr die Gegensätze zu vergessen und die Gemeinsamkeiten zu betonen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß dieser Appell gehört werden wird, da schon heute die Sozialisten gespalten sind und etwas mehr als die Hälfte ihrer parlamentarischen und Organisationsvertreter gegen jeden Kompromiß mit den Bürgerlichen ablehnen.

Für laue Elemente besteht die Gefahr, von den beiden mächtigen Gruppen zerrieben zu werden. Schon kristeln es auch in der radikalsozialistischen Partei, von der ein großer Prozentsatz sich sozialistischen Gedankengängen anzuschließen schickt. Beide — Sozialisten wie Radikalsozialisten — werden nicht umhin können, endgültig Stellung zu nehmen. Vielleicht wird dies nicht ohne Sezession vor sich gehen können, indem ein Teil sich nach links, der andere nach rechts schlägt.

Die Stunde ist für Frankreich sehr ernst. Wer der kommende Mann der Diktatur sein soll, wird von den Faszisten in Frankreich noch nicht mit Namen genannt. Es kann Millerand sein, es kann Marschall Lyautey, kann selbst Caillaux sein — es wrangelt nicht an Unzufriedenen, Abgesetzten, Opfern der parlamentarischen Kämpfe. Wenn der Schlachtruf der Faszisten, genau wie in Italien, Ausschaltung des Parlamentes lautet, wie sollten ihn nicht alle diejenigen mit Sympathie aufnehmen, die selbst der parlamentarischen Routine und dem parlamentarischen Spiel erlegen sind? Selbst wenn sie an sich nicht ausdrücklich das ganze Programm billigen.

Der äußere Anlaß für den Konflikt ist die Beanspruchung des Kapitals zu Opferleistungen für den Staat in seiner Notlage. Indem die Rechte eine Vermögensabgabe für nutzlos hält und die Linke sie fordert, ballt sich um dieses Problem der ganze übrige Gegensatz zwischen links und rechts zusammen.

Schon ist Painlevé gestürzt. Was aber noch kommt, ist ganz ungewiß.

R. Albrecht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251125016/fragment/page=0001

Das Weißbuch zur Entwaffnungsfrage.

Dem Reichstag ist das angekündigte Weißbuch „Materialien zur Entwaffnungsnote" übergeben worden. Es enthält außer den bereits veröffentlichten Noten Aufzeichnungen über den Verlauf der zwischen 6. und 14. November über die Entwaffnungsfrage geführten Verhandlungen. Ueber diese Verhandlungen teilt das Weißbuch u. a.

zur Polizeifrage mit,

daß die Schutzpolizeibeamten entweder auf Grund der in den einzelnen Ländern geltenden Bestimmungen oder der für die Ordnungspolizei geltenden Sonderbestimmungen nach Maßgabe ihrer Eignung und der verfügbaren Stellen zu lebenslänglicher Anstellung gelangen.

In der Frage der Kasernierung ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Zahl der in Kasernen unterzubringenden Polizeibeamten auf 32 000 ausschließlich der Polizeischüler festgesetzt wird. Gegen die Amtsbezeichnung der höheren Polizeibeamten erheben die alliierten Regierungen keine Einwendungen mehr, nachdem in Paris Aufklärung darüber gegeben wurde, daß die höheren Schutzpolizeibeamten keinerlei militärische Befugnisse besitzen.

Zur Frage des Oberbefehls der Reichswehr

wird ausgeführt, daß es gelungen sei, die Geltung der Bestimmung des Wehrgesetzes vom 23. März 1921, § 8, „An der Spitze des Reichsheeres steht ein General als Chef der Heeresleitung", sicherzustellen. In der zu erlassenden Verordnung über den Oberbefehl wird festgesetzt: „Der Reichspräsident ist Oberbefehlshaber der gesamten Wehrmacht". Dem Reichswehrminister, der unter dem Reichspräsidenten die Befehlsgewalt über das Heer ausübt, unterstehen die Oberbefehlshaber der Gruppen. die Divisionskommandeure, soweit sie nicht den Oberbefehlshabern der Gruppen nachgeordnet sind und die Landeskommandanten.

Der Chef der Heeresleitung gehört dem Reichswehrministerium an. Seine Stellung wird bestimmt durch § 8 des Wehrgesetzes nach Maßgabe der Vorschriften des Artikels über die Stellung des Reichswehrministers. Er ist der militärische Berater des Reichswehrministers und sein Vertreter in den militärischen Angelegenheiten des Heeres. Weiter bringt das Weißbuch Einzelheiten über die Verhandlungen betreffend

die Ausbildung der Truppen

an bestimmten Waffen. Hier haben die Alliierten eine Ausbildung der Infanterie am Infanteriegeschütz und der Kavallerie am leichten Maschinengewehr zugestanden, über die Verhandlungen über die artilleristische Armierung der Festung Königsberg in der ebenfalls die alliierten Regierungen sich damit einverstanden erklärt haben, daß die Geschütze innerhalb der Festung beweglich bleiben und schließlich über die Behandlung der privaten Verbände und Organisationen.

Es wäre dringend wünschenswert, „über die Behandlung der privaten Verbände und Organisationen" näheres zu erfahren. Daß drüber an die Presse nichts näheres mitgeteilt ist, läßt Bedenkliches ahnen.

Die Entscheidung im Mossulstreit.

Der internationale Gerichtshof im Haag hat in der Mossulfrage dahin entschieden, daß der Völkerbundsrat zuständig sei, die Grenze des Mossulgebietes endgültig festzulegen und daß er seine Entscheidung einstimmig treffen müsse. Die beiden Parteien haben bei der Entscheidung keine Stimme, können aber an allen Beratungen teilnehmen.

Die Türkei protestiert schon jetzt gegen diesen Spruch, und man muß zugeben, daß er allerdings wenig brauchbar ist. Denn was geschieht, wenn keine Einstimmigkeit erzielt wird? Und um die Einstimmigkeit zu erzielen, werden nun die beiden Parteien die Stimmen kaufen müssen, wobei das reiche und mächtige England natürlich gegenüber der armen Türkei weit im Vorsprung ist. Da hat man ein typisches Beispiel für die „Gerechtigkeit" der Völkerbundsentscheidungen. Wie jetzt den Türken wird es auch uns künftig im Völkerbund und bei Schiedssprüchen gehen. Die Macht entscheidet, nicht das Recht.

Luthers Rede im Reichstag.

Reichskanzler Dr. Luther wies zunächst darauf hin, daß er sich durch das Abschiedsgesuch der deutschnationalen Minister vor die Frage gestellt gesehen habe, ob er ebenfalls sein Rücktrittsgesuch einreichen sollte. Eine Bejahung dieser Frage würde, so fährt der Reichskanzler fort, eine wesentliche Beeinträchtigung der wichtigen Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone und die Rückwirkungen von Locarno bedeutet haben.

Das Kabinett wird nach Erledigung des Vertrages von Locarno zurücktreten, um eine Neubildung zu ermöglichen. Auch die Ausführung des Vertrages von Locarno muß durch ein Kabinett erfolgen, dessen Zusammensetzung die positive Einstellung zum Vertragswerk gewährleistet.

Der Kanzler gibt dann eine Darstellung des Werkes von Locarno und wendet sich zunächst den Rückwirkungen zu. Diese Rückwirkungen stellten ein Verhältnis zum Vertragswerk selbst, in seiner Weise aber Gegenleistungen oder gar ein Handelsgeschäft dar. Die rheinische Bevölkerung habe es von sich aus in vaterländischem Geiste mit Nachdruck abgelehnt, daß irgendwelche Vorteile für die politischen Gesamtinteressen Deutschlands erkauft werden. Der Sinn des Vertragswerks könne kein anderer sein, als neue und bessere Grundlagen für die friedliche Weiterentwicklung aller Länder Europas zu schaffen.

Ueber Rückwirkung und Sicherheit

Gerade in dieser Stunde, so erklärt der Kanzler weiter, wo die deutsche Reichsregierung sich mit fester Entschlossenheit zu dem großen Friedenswerk von Locarno bekennt, muß ausgesprochen werden, daß auch vom Standpunkt unserer Vertragsgegner durch den Abschluß des Friedenswerks

die Besetzung deutschen Landes ihre innere Begründung verliert.

Durch den Vertrag von Locarno ist insbesondere die von Frankreich stets geforderte Regelung der Sicherheitsfrage erfolgt. Angesichts dessen fühlt das deutsche Volk mit doppelter Schwere, wie sehr die bloße Tatsache der Besetzung sich fortgesetzte Bedrückung und als Ausdruck des Mißtrauens empfunden werden muß.

Der Kanzler weist dann darauf hin, daß das deutsche Volk durch die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre mit einem solchen **Argwohn gegen vertragsmäßige Vorgänge** und grundsätzliche Verheißungen erfüllt sei, daß es erst geneigt sei, zu glauben und zu vertrauen, **wenn es Tatsachen sehe.** Deshalb das dringende Verlangen, alsbald eine Wirklichkeit von Rückwirkungen zu erleben.

Der Kanzler würdigt dann, was tatsächlich inzwischen an Rückwirkungen in Erscheinung getreten ist und betont, daß hier nur eine durchaus nüchterne Betrachtung der Dinge am Platze sein könne. Der praktische Weg unseres Volkes nach oben werde nur stufenweise vor sich gehen. Ein Rückschlag auf das, was in den letzten Jahren geschehen sei, könne uns freilich mit dem stärksten Beweisgrund erfüllen, daß dieser Weg trotz aller Not in seiner Hauptrichtung nach oben führt. Selbstverständlich sei auch bei den bisher noch vorliegenden Rückwirkungen noch eine nie ermüdende Ergänzungsarbeit zu leisten. Man müsse aber offen aussprechen, daß die bereits getroffenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit Erleichterungen in den besetzten Gebieten bedeuten.

Die deutsche Regierung erblickt somit, so fährt der Kanzler fort, in dem Geschehenen und in Ausführung der Locarnoabmachungen einen Beweis dafür, daß die Rückwirkungen sich vollziehen.

Ueber Eintritt in den Völkerbund

Der Reichskanzler wendet sich dann der Frage des Eintritts in den Völkerbund zu. Mit dieser Frage, so erklärt er, verbinden sich sehr ernste Sorgen, die sich auf die Gesamteinstellung Deutschlands in der internationalen Politik beziehen. Aber auch gefühlsmäßig bewegt die Frage des Völkerbundes das deutsche Volk besonders tief. In diesem Widerstreit der Meinungen haben wir nicht nur die nüchterne Linie des deutschen Interesses festzuhalten, sondern

es handelt sich um die entscheidende Frage, wie sich Deutschlands weltpolitische Lage durch den Eintritt in den Völkerbund verändern könnte.

Es fragt sich, ob Deutschland genötigt werden könnte, zu einer **Westorientierung unter Abkehr vom Osten.** Eine solche Option zwischen West und Ost halte ich bei Deutschlands geographischer Lage für durchaus unmöglich. (Beifall.) Es steht aber fest, daß im Völkerbund gegen den Willen keines Mitgliedslandes, also auch nicht gegen den Willen Deutschlands, eine für das betreffende Land bindende Entscheidung darüber getroffen erden kann, ob und gegen welchen Staat der bekannte Artikel 16 angewandt werden soll. (Rufe bei den Völkischen: Und das Durchmarschrecht?) Das gilt auch für das Durchmarschrecht! (Rufe bei den Völkischen: Na, na!) Aber, meine Herren, so lesen Sie doch den Artikel 16! (Beifall und Heiterkeit bei der Mehrheit.) Deutschland will nicht mit verstecken Vorbehalten in den Völkerbund eintreten, aber es muß eine Berücksichtigung der Verhältnisse erwarten, die sich für Deutschland aus seiner vollständigen Entwaffnung und aus seiner geographischen Lage ergeben. Das müsse vorher festgestellt werden, damit sich Deutschland im gegebenen Fall nicht dem Vorwurf illoyalen Verhaltens und damit der Gefahr einer moralischen Isolierung aussetzt. Diese Gefahr wird abgewandt durch die in Locarno vereinbarte Erklärung zum Artikel 16, denn sie stellt fest,

daß Deutschland nur insoweit zur Beteiligung verpflichtet ist, als das mit seiner militärischen und geographischen Lage vereinbar ist. (Zurufe bei den Völkischen.)

Das bezieht sich sowohl auf die wirtschaftlichen wie auf die militärischen Maßnahmen. Das ist nur eine Anwendung der Grundsätze und keine besondere Bestimmung für Deutschland. Daß es aber grundsätzlich noch einmal zum Ausdruck gebracht würde, trägt der besonderen Lage für Deutschland Rechnung. Bei dieser Sachlage stehe ich nicht an, zu erklären, daß bei der jetzt geklärten Auslegung des Artikels 16 sich aus ihm keine Gefahren für Deutschland ergeben. (Zuruf bei den Völkischen: Ein weitsichtiger Staatsmann!) Deutschland ist seines

Sitzes im Völkerbund und im Völkerbundsrat sicher.

Ueber Kolonien und Kriegsschuld

Wegen der **Kolonialfrage** sind Deutschlands Rechte auf Kolonialmandate ausdrücklich anerkannt worden. Wir erwarten in dieser Beziehung auch praktisches Vorgehen. Was die **Kriegsschuldfrage** anbelangt, so hat die deutsche Regierung ihren Verhandlungsgegnern schon bei Beginn der Verhandlungen ihren Standpunkt dargelegt. Sie hat ihr Festhalten an ihrer Haltung auch in Locarno ausgesprochen. Dieser Standpunkt der deutschen Regierung wird auch beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufrecht erhalten. Dieser tatsächliche Eintritt Deutschlands bedeutet ein Voranschreiten auf der bisherigen Linie. Es ist ein unverständlicher Kleinmut, anzunehmen, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundsrats nicht die Möglichkeit gewährt ist, seine Interessen kräftiger zu fördern. Das Maß dieser Möglichkeit wird von Deutschlands entschlossenem Weiterarbeiten auf dem Wege von Locarno abhängen. Das Problem der allgemeinen Abrüstung hängt mit Locarno eng zusammen. Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung, wie er bisher im Haager Schiedsvertrag festgelegt ist, wird von Deutschland auch weiter vorwärts getrieben. Wenn Deutschland im Völkerbunde sein wird, wird dieser Gedanke positivere Formen annehmen. (Zuruf bei den Kommunisten: Die Tatsachen sprechen dagegen!) Beim Abschluß des Weltpaktes, so führt der Kanzler zum Schluß aus, war es nicht die Absicht der deutschen Unterhändler, den Versailler Vertrag zu ändern. Er bleibt bestehen (Zurufe rechts. Also auch die Schuldlüge!) An unserer Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen des Versailler Vertrags wird weder moralisch, noch politisch noch rechtlich irgend etwas geändert. Die Handhabung des Versailler Vertrages wird aber durch den Weltpakt geändert. Das System der Diktate und Ultimaten kann nicht länger auf uns angewandt werden. Im Osten haben wir mit Polen und der Tschechoslowakei Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen, die sich im Gegensatz zum Westen nicht an einen Sicherheitspakt anlehnen. Daß Deutschland nicht die Macht und den Willen hat, im Osten Krieg zu führen, brauche ich nicht zu betonen. Durch Abschluß des russischen Handelsvertrages hat Deutschland den klaren Willen zum Ausdruck gebracht, durch den Vertrag von Locarno keinerlei Trübung seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland eintreten zu lassen. Es gilt nunmehr, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet in immer steigendem Maße Nutzen für Deutschland bei der Herstellung eines wahren Friedens in Europa zu ziehen. (Beifall links und in der Mitte. Zwischenrufe bei den Völkischen.)

Nachdem Präsident Loebe noch von einem während der Rede Luthers eingegangenen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung Kenntnis gegeben hat, wird die Sitzung auf Dienstag, 10 Uhr vormittags vertagt.

Wirtschaftler für Locarno.

Das amtliche „Wolffsche Telegraphenbüro" veröffentlicht eine von über 500 Wirtschaftlern aller Parteien unterzeichnete Erklärung folgenden Wortlauts:

Die Unterzeichneten, die in verschiedenen parteipolitischen Lagern und zum großen Teil außerhalb jeder parteipolitischen Tätigkeit stehen, halten es für ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke, zu erklären, daß die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno als notwendig erachten. Gewiß stehen der ernste Hemmungen in der Auffassung vieler guten Deutschen entgegen, aber diese Hemmungen müssen überwunden werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und in der Welt verlangen zu ihrem Wiederaufbau eine ruhige und stetige Entwicklung. Wir sehen, wenn die Vereinbarungen von Locarno abgelehnt werden, keinen geeigneten Weg, um eine solche Entwicklung anzubahnen. Wir vertrauen, daß eine geschlossene nationale Einheit unter starker Führung auf dem Wege weiterer Vereinbarungen unseren Aufstieg sichern wird.

Der Korrespondent der Londoner „Daily News" meldet aus Damaskus: Die mitten im Frieden niedergelegten Stadteile von Damaskus sind die Grauenvollste, was ich seit dem Weltkriege gesehen habe. Es sind nicht 3000, sondern mindestens 13 000 von den französischen Geschützen sind gemordete gezählt worden. Das Verbrechen von Damaskus, wenn es keine Sühne findet, wird das Ende der europäischen Herrschaft in Asien einleiten und damit die wirkliche Bedrohung Indiens bringen.

Ein gutes Vorspiel zur Provinzial Landtagswahl.

Für alle Wahlen hat man immer schon ein kleines Vorspiel, um zu sehen, wie es werden wird. So haben wir für unsere Provinzial Landtagswahl am 29. Novbr. die Provinzial Landtagswahlen in Oberhessen. Dort hat man in sehr erfreulicher Weise aus der bisherigen Linksmehrheit eine ausgesprochene Rechtsmehrheit geschaffen:

Während früher 17 Sitze der Rechtsparteien 17 Sitzen der großen Koalition, also der Linksparteien, und 1 Sitz der Kommunisten gegenüberstanden, hat man jetzt mit 18 Sitzen der Rechtsparteien, 16 Sitzen der Linksparteien und 1 Sitz der Kommunisten durch stärkste Beteiligung eine geschlossene Mehrheit der Rechtsparteien geschaffen.

So soll's am 29. November auch bei uns sein!

Berliner Schattenrisse.

Von **A. von Oerten.**

Kokoschkas Landschaften. — Das deutsche Buch. — Die Blumenkünstlerin. — Kleiderproblem. — Frauenakademie. — Berlin aber tanzt. — Bozen in „Für Dich".

In Berlin geht es Schlag auf Schlag mit den Ausstellungen! Nachdem man sich nun gerade mit der „Berliner Sezession", wo die Franzosen zum ersten Mal nach dem Kriege zu Gaste waren, und mit der Herbstausstellung der Akademie auseinandergesetzt hat, muß man in die Ausstellung „das deutsche Buch" im Hause Mercur in der Kochstraße, in die Ausstellung „von Frauen für Frauen" bei Bauer in der Bellevuestraße und schließlich zu Cassierer, wo die Landschaften von Kokoschka hängen, man wird ganz schwindlig von allen diesen Eindrücken!

Ruhe findet man am ersten bei Kokoschka, vor der Weite dieser Landschaften verschwindet alles kleinliche Hasten und Jagen, so ein sonnendurchwärmter Strand von Biarritz, der tiefgrüne Wellen umspielen, versöhnt mit dem ganzen grauen Großstadtdasein; oder Toledo, dunstarbig und schimmernd wie ein Kuppel, über das ein durchsichtiger Himmel gespannt ist.

Bei der Eröffnung der Buchausstellung wurden von den Verlegern betont, daß „das deutsche Buch" jetzt wieder eben so billig und von „Qualität" sei wie vor dem Kriege! Aber leider fehlt die Kaufkraft und wenn auch im Hause Merkur selbst dem Unerfahrensten klar gemacht wird, was für Bücher er sich kaufen muß, sei er ein junges Mädchen, eine mondäne Frau, ein Reichstagsabgeordneter, ein Gelehrter oder Sportsmann, so wird das bei der allgemeinen Ebbe in den Kassen wohl nicht allzuviel helfen. Frau Julie Elias nämlich, Frau Tilla Durieux, Herr v. Kardorff (M. d. R.), Ilse Reice usw. haben sich der Mühe unterzogen, typische Bibliotheken einzurichten, so daß, vorausgesetzt, daß man weiß, welcher von den obengenannten Klassen man angehört, auch als Analphabet eine sachgemäße Bibliothek sich anschaffen kann.

Was „milieu" ist, das kann man in der Ausstellung von Bauer lernen, und was die Seele und zugleich der letzte Clou ist, das zeigt Franziska Bruck mit ihren Blumen und Früchten! Eine Künstlerin, die wie der berühmte Riese Antäus, immer neue Kraft gewinnt, wenn sie die Erde berührt, ein Naturmensch, der liebend alles, was wächst und blüht, umfaßt. Sie ist die berühmteste Frau von Berlin" sagte jemand von ihr, denn sie hat Unkraut salonfähig gemacht!"

Ein heimliches Biedermeierzimmerchen, mit alten Mahagonimöbeln, erblindeten Spiegeln aus Großmutterszeit, Spitzendeckchen und geschwungenen weißen Tassen, ladet zum Kaffeeklatsch im alten Stil ein! Zierliches Geranke altmodischer Pflanzen umspinnt in immergrüner Frische den mächtigen Sekretär, bescheidene Tausendschönchen wachsen aus flachen Schalen und die Ampel hat die Bruck mit ihren bezaubernden präparierten Blumen umwunden! Angesichts dieser Farbenfreudigkeit, die Leben vortäuscht, verschwindet das Bedenken von „künstlichen" Blumen, das uns die Makartbouketts, die Staubfänger der vorigen Generation, eingeflößt haben.

Sehnsuchtsvoll verlassen die Frauen die Atmosphäre von Wärme und Harmonie, die in diesen „Wohnräumen" schwingt, zuerst muß die Garderobenfrau geklärt sein, ehe man das „milieu" einheitlich gestalten kann.

Die Mode nimmt ja so wenig Rücksicht auf den Geldbeutel! Wenn man im vorigen Winter seine entblößten Arme und Schultern mit Tüll verhüllen konnte, so ist das heute nicht mehr erlaubt! Ist man so viel keuscher geworden? Ohne Cape kann die elegante Frau sich nicht mehr in Gesellschaft blicken lassen und da dasselbe zum Kleide abgestimmt sein muß, so gehört schon sehr viel Geschicklichkeit dazu „ein" Cape zu allen Kleidern tragen zu können. Die Freude der Damen mehrere Gesellschaftstoiletten zu benötigen, hat sich schnell in Seufzen verwandelt, d. h. wer einen Mann hat, überläßt das letztere ihm!

Doch es gibt auch noch Frauen, die andere Dinge im Kopf haben, als Pelzmäntel und Ballkleider und für diese wurde die Berliner „Frauenakademie" eröffnet, die erste ihrer Art in Europa! Ja, die Berliner marschieren an der Spitze der Kultur! Frl. Dr. Alice Salomon und Frl. Dr., Charlotte Dietrich wollen eine Einführung in die soziale Praxis geben, sie wollen Fürsorge für die Jugend, für Strafgefangene, Wöchnerinnen, Kriegsbeschädigte, Erwerbslose, kurz, für die ganze endlose Reihe der Bedürftigen schaffen, die des Mitgefühls und der Hilfe einer weichen Frauenhand bedürfen. Ueberall Frauen in der Front, tätig, produktiv . . . sollten die Zeiten des vielbesprochenen Matriarchats wirklich herannahen?

Berlin aber tanzt! Wie „Blumen tanzen", das konnte man auf dem glänzenden Ballfest bewundern, das von Presse—Blume—Bühne (d. h. Reichsverband der deutschen Presse, Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen und deutsche Gartenbaugesellschaft) in sämtlichen Festräumen des Zoo veranstaltet wurde. Da sozitrottete die Orchidee Dorothea Albu umrankt von blaßroten Glyzinien, den Ballettteufen der Staatsoper! Da walzten Veilchen, Maiblumen, Nelken und Chrysanthemen. Jeder Saal war eine Bühne: eine Szenerie, eingerahmt vom Alpenveilchen, von weißen und roten Orchideen gab die Basis für die Darstellung von Ludwig Fuldas witzigem Versspiel „Durch die Blume. Als Repräsentant der „Neureichen" erschien die heute so beliebte rundliche Kattee und führte sich in heiterer Selbstironie also ein:"

Wohlgelaunt wie alle Festen,
Einem Geldsack völlig gleich,
Darf ich mir so manches leisten,
Bin durch Inflation ja reich,
Kanten hab ich noch und Ecken,
Und trotz mancher Bildungsmüh
Kann ich sie nur schlecht verstecken,
Durch und durch ein Parvenu."

Exemplare dieser Gattung bevölkerten in verschiedenen Ausgaben reichlich das Fest. Sicher gehörten sie weder zu den Gartenbauern, noch zu der Vertretern der Presse, noch zu den Bühnenangehörigen, die schon durch die moderne Linie gezwungen sind, sich um Schlanktheit zu bemühen!

Wegen der verschobenen Boxkämpfe um die Weltmeisterschaft ärgert man sich noch immer in Berlin, d. h. nur die Zuschauer, die Manager werden wohl wissen, warum sie ihre Schützlinge krank melden oder andere Ausflüchte suchen, die Entscheidung zu vertagen. Zum Trost hat man in die vielbeliebte Revue „Für Dich" einen Boxkampf, gesehen durch die „Zeitlupe" eingeschoben. Da kann jeder etwas lernen, der sich für diesen Sport interessiert, vor allem, wie man seine seelischen Empfindungen beim Kämpfen durch intensives Grimassenschneiden zum Ausdruck bringen kann. Denn natürlich sind es Clowns, die boxen, wie keine Professionals!

Aber das Publikum brüllt vor Entzücken und könnte sich nicht mehr aufregen, als wenn wirklich zwei Weltmeister miteinander rängen.

Diese ganze Revue ist überhaupt von allem bissichen: Mondschein, Sentimentalität, Kitsch, Akt usw., vor allem aber Reklame und wie der Reklame, damit wird der ganze Glanz bezahlt. Mit einem Wort „Kitsch", aber er schlägt ein, denn es prasselt!

Ueber den Ursprung der Meteore.

Nach einem der Pariser Akademie der Wissenschaften vorgelegten Bericht entdeckte der französische Mineraloge Laoroix bei der mikroskopischen Untersuchung eines im Jahre 1775 in Spanien niedergefallenen Meteors, das in einem Madrider Museum aufbewahrt wird, Vertiefungen des Steines kleine Krittalle, wie man sie sonst auf Gesteinlitüden beobachtet hat, die von Vulkanen ausgeworfen werden. Daraus nach müßte das Meteor ebenfalls von einem Vulkan ausgeschleudert worden sein oder zumindesten einen solchen Vorgange entsprechende Veränderungen durchgemacht haben. Aus der Anordnung der Vertiefungen oder Drusen in der Krittalle glaubt Laoroix entnehmen zu können, daß das Meteor nicht wie die von Vulkanen ausgeworfenen Gesteinsbrocken eine jähe Abkühlung erfahren haben, sondern vielmehr eine allmähliche. Die Atmosphäre des Gestirns von dem das Meteor herrührt, müßte dann fast ebenso heiß gewesen sein wie die Vulkan selbst, oder die Geschwindigkeit des Meteors müßte groß genug gewesen sein, um die ursprüngliche Temperatur lange genug auf ziemlich gleicher Höhe zu erhalten. Die erste Hypothese erscheint Laoroix als die unwahrscheinlichere.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251125016/fragment/page=0002